

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/27

Hannover, 3. März 1948

Skandinavische Postläse

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Stalins Aufforderung an Raskivi, einen Freundschaftspakt mit der Sowjetunion abzuschließen, hat nicht nur Finnland vor einen schweren Entschluss gestellt, sondern darüber hinaus berechtigzte Urube in alle skandinavischen Länder getragen. Eine Frage von der tiefreichender strategischer Wirkung kann naturgemäß in den skandinavischen Ländern nicht übersehen werden.

Vor kurzem fand in Stockholm eine Tagung der sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens statt, an welcher Delegationen aus Schweden, Dänemark, Norwegen, Finnland und Island teilnahmen. Derartige Konferenzen sollen alljährlich stattfinden und dem Erfahrungsaustausch dienen. In dieser Tatsache konzentriert sich die bedeutende Stellung, welche der Sozialdemokratie in den nordischen Ländern zukommt. In Schweden, Dänemark und Norwegen setzen sich die Regierungen ausschließlich aus Sozialdemokraten zusammen, in Island und Finnland nehmen die Sozialdemokraten an Koalitionsregierungen teil.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand zweifellos die internationale Zusammenarbeit. Mit Ausnahme Finnlands, das dem Drucke der Sowjetunion nachgeben musste, haben sich alle skandinavischen Länder zur Mitarbeit am Marshall-Plan bereit erklärt. Die skandinavischen Wirtschaftspolitiker beobachten jedoch mit Skepsis die zögernde Haltung des USA-Kongresses und beürtheilen sich unabhängig vom Marshall-Plan um eine Intensivierung der internationalen Handelsbeziehungen. Schweden konnte eine Reihe vorteilhafter Handelsverträge mit europäischen Ländern und deren Kolonien abschließen, die geeignet sind, das schwedische Handelsdefizit mit den sogenannten Hartvalutaländern zu vermindern. Die gleiche Zielsetzung verfolgt Norwegen. Dänemark steht vor einer Revision seines bisher recht ungünstigen Handelsvertrages mit seinen größten Abnehmer, Grossbritannien. Island konnte seiner gegenwärtigen Wirtschaftsschwierigkeiten mit Hilfe unerwartet reicher Fischfänge Herr werden. Finnland hat - mit unerwarteter Hilfe Schwedens und der Gestirke - mehr als die Hälfte seiner rückständigen Lieferverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion erfüllen können und weitet trotz innerpolitischer Schwierigkeiten seinen Auswandel aus.

3. März 1948

Dass die vor allem in Danemark eifrig propagierte Bildung einer skandinavischen Zollunion derzeit nicht zustandekommt, bedeutet nicht eine mangelnde Bereitschaft Schwedens und Norwegens. Die Wirtschaftsfakten beweisen das Gegenteil. Die skandinavischen Staatsmänner scheinen aber angesichts der sowjetischen Überempfindlichkeit gegenüber jeder Art von Blockbildung anstelle kunstvoller Vertragswerke, die zum willkommenen Anlass für Missdeutungen werden könnten, eine praktische Zusammenarbeit in allen Wirtschafts- und Kulturfragen anzustreben. Dass darüber hinaus auch die politische Zusammenarbeit eine sehr reale Tatsache ist, auch wenn keine diesbezüglichen Pakte abgeschlossen wurden, beweisen allein die immer wieder stattfindenden Aussprachen skandinavischer Staatsmänner und die weitgehende Übereinstimmung in den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Massnahmen.

Ähnlich wie die Einstellung zur Frage einer skandinavischen Zollunion muss man auch die Äusserungen des norwegischen und des schwedischen Aussenministers zu den Anregungen Bevins im Britischen Unterhaus werten. Wer die für skandinavische Verhältnisse ganz ungewöhnlich heftigen Presselebhatten über die Organisation der schwedischen Landesverteidigung verfolgt, wird begreifen, dass alle aussenpolitischen Äusserungen mitbestimmt werden von der Gewissheit, dass der Militärkoloss im Osten sehr nahe, das andere militärische Kraftzentrum in Nordamerika aber sehr weit entfernt ist. Die skandinavische Aussenpolitik weiss, dass ein künftiger Krieg Skandinavien nicht verschont. Sie ist daher lebhaft daran interessiert, weitere Verschärfungen der Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den USA zu vermeiden. Diese Bestrebungen der skandinavischen Länder und ihre Distanzierung von politischen Blockbildungen darf jedoch nicht nur so verstanden werden, dass eine Brücke zwischen den beiden Extremen geschlagen werden soll. In der Gesellschaftsaufbau Skandinaviens zeichnet sich vielmehr immer deutlicher jene Entwicklung ab, welche von Führern der britischen Labourparty als die dritte Alternative bezeichnet wurde: das Werden einer sozialen Demokratie, die ohne Einschränkung der persönlichen Freiheit die sozialistischen Ideale zu verwirklichen sucht. Dieser Weg ist langwierig und überall dort unpopulär, wo die Not unerträglich geworden ist. Jedes politische Rezept, das dem Bedürfnis nach einer schnellen, möglichst mühelosen Beseitigung der Not zu entsprechen scheint, wird mehr Anklang finden und wenn es noch so eindeutig an den realen Möglichkeiten vorbeisieht.

Die beiden Weltkriege haben dazu verleitet, Entwicklungsmöglichkeiten ausschliesslich nach militärischen Potentialen zu beurteilen. Bei einer solchen Beurteilung rügen die skandinavischen Länder und Grossbritannien, dessen Labourregierung ähnliche Zielsetzungen hat, schlecht absondieren. Wir sollten aber die revolutionisierende Kraft einer als wertvoll erkannten und als gangbar erprobten politischen Idee nicht unterschätzen. Gelingt es, einen neuen Weltkrieg zu vermeiden, dann soll die soziale Demokratie ihre Tauglichkeit als Gesellschaftsverfassung eines neu aufzubauenden Europas erweisen. Ein Erfahrungsaustausch zwischen den führenden Politikern der sozialdemokratischen Parteien Europas - ähnlich reger wie in Skandinavien - wäre daher von grösster Bedeutung. (b/27a/272/2/he)

Der Mitläufer-Befehl

Berlin, Anfang März

W.B. Am 10. März werden nach dem Befehl 35 des Marschalls Sokolowski die Entnazifizierungskommissionen in der Ostzone ihre Tätigkeit einstellen. Das könnte eine gute Sache sein, wenn nicht auch hier wieder die eigentlichen Absichten das Bild trüben würden. In Wirklichkeit handelt es sich aber um etwas anderes, nämlich um den von der russischen Besatzungsmacht unternommenen Versuch, aus den Mitläufern des Nationalsozialismus Aktivisten des Volkskongresses zu machen.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass der zweite Volkskongress am 18. und 19. März eine "grosse Sache" werden soll. Man hat allen Ernstes vor, eine zentrale Körperschaft - möglicherweise sogar als provisorische Regierung firmiert - einzusetzen, die Anspruch darauf erheben wird, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen. Die bisherige Basis des Volkskongresses beschränkt sich auf die SED/KPD sowie ihre "Massenorganisationen" und gleichgeschalteten Blockpartner der Ostzone. Jetzt bemüht man sich, eine breitere Massenbasis durch direkten Appell an die ehemaligen Nationalsozialisten zu schaffen, etwa nach dem Motto: Kommunisten und mehr oder weniger kleine Pg's aller Zonen, vereint Euch!

Der Befehl 35 wurde in der "Täglichen Rundschau" von N. Orlow begründet, einem Sammel pseudonym für Artikel, die von russgehoher Stelle der russischen Besatzungsmacht inspiriert werden. Orlow wendet sich an die "vaterländisch gesinnten Elemente" unter den ehemaligen Pg's. Ihnen solle die Möglichkeit gegeben werden, am demokratischen Wiederaufbau und am Kampf für die Einheit Deutschlands teilzunehmen. Solchen, die sich den "anglo-amerikanischen Imperialismus" verschrieben haben, wird mit der "rührenden Hand der demokratischen Gerichtsbarkeit" gedroht. Etwas einfacher ausgedrückt: Absolution für alle, die sich für die Politik der SED/KPD "vaterländisch" begeistern - Verfolgung für alle Gegner der als Volkdemokratie getarnten Diktatur.

In gleichen Artikel werden die ehemaligen Pg's aufgefordert, die "in den letzten Kriegsmonaten durch englische und amerikanische Flieger zerstörten friedlichen Städte" wieder aufbauen zu helfen. Am Tage darauf erschien im SED-Organ prompt ein Bericht aus dem Ruhrgebiet, in dem ebenfalls der Versuch unternommen wird, der humanen russischen Kriegsführung den anglo-amerikanischen Bombenterror gegenüberzustellen. Die ehemaligen Alliierten wagen sich über diese Fragen weiter auseinanderzusetzen. Dem Deutschen und europäischen Wiederaufbau wird damit nicht gedient sein. Immerhin wird man in Deutschland nicht die bedenlose Heuchelei dieser neuen Propagandamasche übersehen, denn jedermann weiss, dass die Westalliierten vom russischen Oberkommando immer wieder zur Steigerung ihrer Luftangriffe aufgefordert wurden.

Der besondere Vertreter des Kominform auf deutschem Boden, Walter Ulbricht, hat sich nicht die Gelgenheit nehmen lassen, dieses Thema im Zentralorgan der SED weiter auszuwalzen. Er behauptete, dass breite

Kreise, die früher Naziorganisationen angehörten, heute an "grossen Kampf für die Einheit unseres deutschen Vaterlandes" - so wie die Kommunisten das Vaterland und seine Einheit auffassen - teilnehmen. Mit den ehemaligen Pö's zusammen soll die "grosse Einheit aller aufbauwilligen Kräfte" zustandekommen, "die den Marshallplan ablehnen". Die grosse Mehrheit der ehemaligen Nationalsozialisten wird sich kaum vor den Herren der russischen Aussen- und der kommunistischen Machtpolitik spannen lassen wollen. In der Ostzone werden sie allerdings einem verschärften Druck ausgesetzt sein, und mancher wird hier auch bereit sein, die ihm gebotene Chance zu nutzen. (b/B3a/23/2/he)

Frankreichs Kolonialorgen

A.T. Paris, Anfang März

Frankreichs machtpolitisches Schwergewicht liegt in seinen überseeischen Besitzungen, das heisst, in der theoretisch bestehenden Französischen Union, die jedoch praktisch noch kaum Gestalt angenommen hat. Wenn es Paris gelingt, die verschiedenen Völker und Rassen Asiens und Afrikas, die bisher seiner Kolonialherrschaft unterstellt waren, zu einer freien Gemeinschaft zusammenzuschliessen, dann vermag Frankreich in Zukunft zumindest wirtschaftlich und kulturell wieder eine Grossmacht zu werden.

Die junge Französische Union besitzt ausserhalb des Mutterlandes drei Brennpunkte: Zentralafrika und Madagaskar, Nordafrika, Indochina. Und diese Brennpunkte sind gleichzeitig ernste Gefahrenpunkte.

Zentralafrika ist in jeder Beziehung noch recht unentwickelt. Die Unabhängigkeitsbestrebungen haben keine Massengrundlage, sie beschränken sich auf einen engen Kreis von Intellektuellen. Allein Madagaskar, das dank seiner Insellage stets kulturell und politisch höher entwickelt war, bildet von dieser Regel eine Ausnahme. Auf die Dauer wird der Bevölkerung eine weitgehende Autonomie nicht verweigert werden können.

Nordafrika besteht staatsrechtlich aus zwei Protektoraten - Tunesien und Marokko - und aus dem Frankreich eingegliedertem Algerien. In allen drei Ländern rührt sich die arabische Unabhängigkeitsbewegung, unterstützt durch die arabische Liga in Kairo. Alle diese nationalistischen Bewegungen der an sich ziemlich uneinigen Araber betonen zwar, dass sie nur eine Autonomie im Rahmen der Französischen Union fordern, man darf sich aber fragen, ob nach Gewährung einer Selbständigkeit die Anziehungskraft Kairoes nicht grösser sein wird als die von Paris. Es ist bezeichnend für die Gesamtentwicklung, dass Paris die Fiktion, wonach Algerien nichts anderes sei als drei französische Départements, d.h. Verwaltungseinheiten, endgültig aufgeben musste. Algerien hat jetzt ein Sonderstatut und wird in Zukunft über eine Reihe von lokalen und finanziellen Fragen unabhängig von dem Mutterland entscheiden können. Damit unzufrieden fordern die arabischen Führer völlige Gleichberechtigung zwischen Franzosen und Arabern. Das bedeutet bei dem augenblicklichen zahlenmässigen Kräfteverhältnis die Bestimmung der Geschichte Algeriens durch die arabische Mehrheit.

Der schwächste Punkt der französischen Union ist zweifellos Indochina. Die Entwicklung ist noch nicht abzusehen, doch unwahrscheinlich, dass

der Viet-Nam die französische Gemeinschaft verlassen wird. Die Stellung eines autonomen Mitgliedes der Französischen Union dürfte ihm wünschenswerter erscheinen als die nicht allzu verlockende Anlehnung an China oder die Vereinigten Staaten.

Die französische Kolonialpolitik befindet sich augenblicklich in einer Sackgasse. Trotz ihrer Fehler hat sie dieses Schicksal nicht verdient, denn sie war zweifellos menschlicher und demokratischer als die aller anderen Kolonialmächte. Frankreich legte das Schwergewicht auf die kulturellen und sanitären Leistungen, Indochinesen, Araber, Neger sollten zunächst geistig und kulturell Franzosen werden, um dann als Franzosen politische Rechte zu erhalten.

Die Assimilation ist ein langer Entwicklungsprozess, der an dem viel rascher wachsenden Nationalbewusstsein der Eingeborenen scheitern musste. Man verkannte in Frankreich, dass die Eingeborenen schneller lesen und schreiben lernen, als sie geistig und kulturell Franzosen werden. Die Kolonialvölker sahen schliesslich in der Assimilationsidee ein Unterdrückungsmittel, verbunden mit dem Versuch, sie ihrer nationalen Persönlichkeit zu berauben.

Es ist Frankreich nicht gelungen, rechtzeitig die Folgerungen aus dem Fehlschlagen seiner Kolonialpolitik zu ziehen. Das Zögern, die ewige Tragik der französischen Politik, hatte auch hier verhängnisvolle Folgen. Selbst heute, trotz des von Grossbritannien täglich gegebenen Beispiels, entschliesst man sich zu spät in Paris zu Konzessionen, die meistens schon durch die Ereignisse überholt sind. Man hat kein Vertrauen in die Eingeborenen, weil man von seiner eigenen Stärke nicht allzu sehr überzeugt ist. Es rächt sich hier die dauernde Vernachlässigung der wirtschaftlichen Entwicklung zugunsten der kulturellen Position.

Die französische Kolonialpolitik hat aber auch Schwierigkeiten zu überwinden, für die sie nicht verantwortlich ist. In Marokko und Madagaskar entstanden die Träger der Unabhängigkeitsbewegung meistens der feudalen Reaktion, in Indochina will sich eine kommunistische Minderheit die Macht sichern. Politische und soziale Freiheit sind aber für die Kolonialvölker nicht weniger wichtig als nationale Unabhängigkeit. (b/A18/13/2/he)

Politische Diskussion im NWDR

sp. Der Nordwestdeutsche Rundfunk hat seinen politischen Diskussionen ein neues Gesicht gegeben. Um in der Debatte endlich ungezwungen und ohne Bindung an Manuskripte die Probleme behandeln zu können, die die Öffentlichkeit und den Einzelnen wirklich bewegen, ist man von der bisherigen Form abgegangen. Bis jetzt wurde das Thema der Diskussion vorher gestellt, so dass jeder Referent sich darauf vorbereiten konnte. Nun haben die Hörer selbst Gelegenheit, ihre Fragen unmittelbar an die Parteivertreter zu richten, die sofort und ohne Vorbereitung Rede und Antwort stehen. Es kommt dabei darauf an, dass wirklich alle interessierten Kreise der Öffentlichkeit sich tatsächlich mit ihren Fragen an die Parteivertreter wenden. Fragen dieser Art sind zu richten an den Nordwestdeutschen Rundfunk unter dem Stichwort: "Politische Diskussion".

Mitgliedsbuch als Freibrief

Der Ministerialrat im Ministerium für Land- und Forstwirtschaften Wessel in Dresden hat 85.000,- RM unterschlagen und für diesen Betrag ein Gut in der Nähe von Weisswasser gekauft. Wessel hatte, wie weiter festgestellt wurde, von führenden Nazis grosse Bestechungsgelder angenommen. Im Landesvorstand der SED Sachsen wurde der Fall Wessel behandelt. Mit Rücksicht auf die jahrelange Zugehörigkeit Wessels zur KPD wurde von einer Anzeige an die Kriminalpolizei Abstand genommen. Er soll nur veranlasst werden, sein Amt, als Ministerialrat niederzulagen.

Zweierlei Zeitungsmass

Die "Sächsische Landeszeitung" erscheint für Funktionäre grösser und umfangreicher als für Nichtfunktionäre. Jeder Funktionär bekommt die Zeitung viersseitig, die Nichtfunktionäre zweiseitig. Beide Exemplare werden ganz besonders gedruckt. (Bl/he)

Bei Flüchtlingswahlen in Bayern

erzielte bei einer Wahlbeteiligung von 27.443 die SPD 14.594 Stimmen, die CSU 7.518, die KPD 646, die WAV 2.066 und übrige 2.519 Stimmen. Diese Zahlen spiegeln das Wahlergebnis von 50 Gemeinden und Städten wieder. (Bl/he)

Verringerte Heimkehrertransporte aus der UdSSR

sp. Durch das Durchgangslager Hof-Moschendorf kehrten im Januar 1948 1.2.078 Männer und 7 Frauen, insgesamt 2.085 Personen aus Gefangenschaft oder Internierung aus der Sowjetunion heim. Damit weist der Monat Januar 1948 die niedrigste Entlassungszahl aus Russland für die amerikanische Zone auf. (Bl/2/he)

Mitteilung für die Redaktionen!

In unserer Ausgabe Politik vom 1. März ist uns ein Fehler unterlaufen. In dem Artikel "Bodenreform als Besitz-Schutzgesetz" auf Seite 4 muss es in der 12. Zeile heissen:
..... von mindestens 55 kg erforderlich.

Verantwortlich: Peter Raunau